Dr. Wehrenpfennig erklärte sich gegen den Sonnemann'schen Antrag, weil man bei Streichung jener Bestimmung auf ganz partikulare Zustände kommen möchte, indem dann in den verschiedenen Bundesstaaten ganz verschiedene Dienstzeiten existiren könnten. Wie der Präsident ausdrücklich konstatirte, lehnte der Reichstag den Sonnemann'schen Antrag fast einstimmig ab.

Die eben erwähnte Erwartung des Abg. Dr. Windthorst, daß in der Herbstsession desselben Jahres die gesammten Militairfragen in Fluß und zur Entscheidung kommen müssen, stützte sich darauf, daß mit Ende des Jahres 1871 das noch mit dem Reichstage des Norddeutschen Bundes vereinbarte Abkommen ablief, nach welchem unter Feststellung der Präsenzstärke ein Pauschquantum von 225 Thlr. pro Mann gewährt und ein detaillirter Militairetat daher nicht vorgelegt wurde. Im Etatsentwurfe für 1872 wurde zunächst vorgeschlagen, das Pauschquantum (unter gewissen, von keiner Seite hinsichtlich ihrer Nothwendigkeit beanstandeten Erhöhungen) auch noch für dieses Jahr zu bewilligen. Es geschah dieses mit Rücksicht darauf, daß nach dem Kriege 1870/71 und dem Eintritte der süddeutschen Kontingente in die deutsche Armee, die Verwaltung der letzteren noch nicht wieder so weit in die geregelten Friedensverhältnisse zurückgekehrt war, um nicht die Weiterdauer des Pauschquantums einer speziellen Etatsaufstellung vorziehen zu müssen. Dieser Ansicht stimmte auch die überwiegend große Mehrheit des Reichstags zu; man war fast allseitig bereit, das Pauschquantum noch für ein Jahr zu bewilligen. Indessen stellte sich bei der Kommissionsberathung heraus, daß die irregulairen Zustände des Heerwesens vermuthlich auch im Jahre 1872 ihr Ende noch nicht finden würden, und diese Erkenntniß führte zu dem Vorschlage, das Provisorium des Pauschquantums sofort auf längere Dauer, auf drei Jahre, auszusprechen. Nachdem diesem aus dem Reichstage selbst kommenden Vorschlag eine Mehrheit gesichert erschien, brachte die Reichsregierung am Schlusse der Session einen Gesetzentwurf über die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres und die Ausgaben für die Verwaltung desselben für die Jahre 1872, 1873 und 1874 ein, welcher, dem gedachten Vorschlage entsprechend, die Friedenspräsenzstärke auf 401 659 Mann feststellte und das Pauschquantum bis Ende 1874 erstreckte.

Die Erörterungen des Reichstages zur Militairfrage richteten sich in Folge dessen wesentlich nach dieser Seite hin; hauptsächlich wurde darüber debattirt, ob sich der Reichstag noch einmal, und zwar für drei Jahre, seines Budgetrechts entäußern solle und dürfe. Unter diesen Umständen spielte die Frage der Dauer der Dienstzeit eine untergeordnete Rolle, obwohl einige bemerkenswerthe Aeußerungen zu derselben zu verzeichnen sind.

Schon bei der allgemeinen Erörterung des Etats erklärte der Abg. Richter, die Fortschrittspartei halte die Erhöhung des Rekrutenkontingents von 170—180 auf 200 Rekruten pro Infanterie-Bataillon nicht für gerechtfertigt; ob die Zahl der Kadres durchweg vermindert werden könne, sei eine offene Frage der Zukunft; indessen innerhalb der Kadres müsse die Präsenzstärke herabgesetzt werden. Wörtlich sagte der Redner:

„Wir glauben, daß das gegenwärtige Rekrutenkontingent hinreichende Mannschaft liefert, um im Krieg und Frieden die Kadres entsprechend auszufüllen. Noch weniger sind wir überzeugt, daß eine dreijährige Dienstzeit in der Infanterie für die Ausbildung der Mannschaften erforderlich ist. Die gegenwärtige Dienstzeit beträgt 2 Jahre 9 Monate, 2 Jahre 10 Monate. Wir halten fest an dem Programm, auf das wir gewählt sind, wir halten daran fest, daß eine Dienstzeit von höchstens zwei Jahren für die Infanterie zur vollständigen Ausbildung genügt. . . . Wir konstatiren, daß der Wunsch nach einer Verkürzung der Dienstzeit in immer größere Kreise Eingang findet, wir notiren namentlich, daß einer der Hauptführer der freikonservativen Partei, der gegenwärtig außerhalb dieses Hauses sich befindet, bei jeder Gelegenheit darauf hinweist, daß eine Dienstzeit von 2½ Jahren und eine Präsenzstärke von ½ pCt. der Bevölkerung vollkommen dem militairischen Interesse entspreche." (Sten. Ber. des Reichstags. 2. Session 1871, Seite 79.)

Auch der Abg. Dr. Mohl berührte die uns beschäftigende Frage; er anerkannte zwar, daß eine große Armee nothwendig sein möge, glaubte aber von dem Wohlwollen der Reichsregierung hoffen zu dürfen, daß sie ihr ernstestes Augenmerk darauf richte, in dem definitiven Etat in Bezug auf die Präsenz alle nur mögliche Rücksicht eintreten zu lassen. Der bekannte „großdeutsche" Abgeordnete sagte:

„Bei dem Konflikt, welcher über die Präsenzfrage in Württemberg eingetreten ist, hat unser gegenwärtiger Herr Kriegsminister, welcher doch als ein großer Freund und unbedingter Anhänger der preußischen Militaireinrichtungen bekannt ist, den Ständen im Juli 1870 eine Präsenz bei der Infanterie von 174 Monaten vorgeschlagen, das ist also noch nicht ganz die Hälfte der jetzigen gesetzlichen Präsenz von drei Jahren in Norddeutschland. Nun erkenne ich bereitwilligst an, daß das Reichs-Kriegsministerium nicht die ganze gesetzliche Präsenz in Anspruch nimmt, sondern daß bei der Infanterie immer mehr oder weniger ein Theil der Mannschaft in Urlaub geschickt wird, aber gleichwohl glaube ich mich nicht zu irren, daß eine weitere, eine erhebliche und beabsichtete Verminderung der Präsenz möglich sein dürfte, ohne daß der militairische Zweck wesentlich darunter leiden würde. . . . Ich glaube nicht, daß wir diesem Wunsche durch starke Worte mehr Kraft geben können; ich glaube, daß durch Wohlwollen, durch ein freundliches Zusammengehen der Reichsregierung mit dem Reichstage und der Nation das Beste in dieser Sache geschehen kann." (A. a. O. Seite 82.)

Der Abg. Graf v. Bethusy-Huc verwahrte sich dagegen, daß seine, die Reichspartei mit den vom Abg. Richter angezogenen Vorschlägen eines dem Reichstage nicht einmal angehörenden Führers der freikonservativen identifizirt werde, und präzisirte seine und seiner Freunde Stellung zu jenen Vorschlägen dahin:

„Dieser Vorschlag zerfällt in zwei Theile. Der erste Theil bezieht sich auf die Herabminderung der Dienstzeit auf 2½ Jahre. In diesem Theile bewegt er nichts Anderes, als die Feststellung eines schon gegenwärtig faktisch bestehenden Zustandes . . . Es es sich empfehlen wird, diesem faktischen Zustande in nächster Zeit auch gesetzliche Sanktion zu ertheilen, gesetzlich ihn auf dieses Maß zu beschränken, darüber möchte ich heute weder mich noch die Partei in irgend einer Weise präjudiziren. Ganz bestimmt aber können wir uns schon heute darüber erklären, daß mit Herabsetzung des Präsenzstandes auf ⅔ pCt. der Bevölkerung unserer Intention nicht entsprochen wird. Wir glauben, daß die Stärke des Heeres im Frieden hauptsächlich nach dem Zweck zu bemessen werden muß, **sämmtliche** wehrhafte Männer der Nation durch die Schule des Militairs gehen zu lassen, um sie für den Kriegsfall kampfbereit zu haben." (A. a. O. Seite 82.)

Ueber die Ergebnisse der Veranlagung zur **Einkommensteuer** für 1872/73 bringt der „Staats-Anz." eine sehr ausführliche und umfangreiche Mittheilung, welche der Leser in der Beilage zu dieser Nummer findet.

In einem Artikel der „Preußischen Jahrbücher", welcher die „Armeereform" behandelt, hieß es:

„Die jährlichen Mehrkosten werden 65 Millionen betragen, dazu kommt eine große einmalige Aufwendung, deren jährliche Zinsen sich auf 12 bis 15 Millionen belaufen."

Dazu bemerken die „Berl. Pol. Nachr.": „Was die dauernden Mehrkosten nach vollständiger Durchführung der Reform, welche immerhin mehrere Jahre in Anspruch nehmen wird, betrifft, so dürfte die oben angegebene Zahl ziemlich das Richtige treffen; was jedoch die einmalige Aufwendung betrifft, so liegt sicherlich bei der Angabe des Verzinsungsbetrages — diesem würde eine Anleihe in Höhe von 400 bis 500 Millionen Thalern zu Grunde liegen — ein Druck- oder Rechenfehler vor; denn wie wir versichern zu können glauben, ist diese Zahl um mehrere Hundert von Prozenten zu hoch gegriffen."

Die Vernehmungen der Sachverständigen der Fondsbörse vor der **Börsenenquete-Kommission** sind beendet. Die letzte Gruppe der Experten bildeten die Herren Dr. Siemens, Direktor der Deutschen Bank, Direktor Weill, die Bankiers Gebr. Gwinner aus Berlin und Königs aus Köln. Gestern begannen nach der „Nat.-Ztg." die allgemeinen Besprechungen der Kommission über die bisherigen Ergebnisse der Enquete.

Gestern Morgen ist in Glion am Genfer See der Wirkliche Geheime Legationsrath **Lothar Bucher** im 75. Lebensjahre gestorben. Aus seinem Lebenslaufe sei erwähnt, daß Bucher, am 25. Oktober 1817 zu Neustettin geboren, sich dem Studium der Rechte widmete, und 1848 als Gerichtsassessor in Stolp sich bei der politischen Bewegung junachte. Im Jahre 1850 wegen Betheiligung an der Steuerverweigerungsbeschluß des sogenannten Rumpfes zu 4jährigerer Festheitsstrafe verurtheilt, flüchtete Bucher nach England, wo er Journalist wurde und bis zum Jahre 1860 als Korrespondent für deutsche Zeitungen thätig war. Nachdem er eine Zeit lang im Wolff'schen Bureau gearbeitet, wollte Bucher sich als Rechtsanwalt niederlassen, folgte aber dann dem Rufe in das Ministerium des Auswärtigen, in welchem er länger als 20 Jahre in hervorragender Stellung wirkte.

Die literarische und politische Thätigkeit Lothar Bucher's eingehend zu würdigen, wird uns der interessantesten Spezialaufgaben zur Zeitgeschichte sein. Abgesehen von seiner persönlichen Mitarbeit an den Vorgängen seiner ereignißvollen Epoche, ist durch seine umfassendes Wissen ihm oft Einfluß auf weitreichende Entschließungen eröffnet worden, bei deren Beurtheilung im Lichte historischer Kritik Bucher's Persönlichkeit erst zur richtigen Würdigung gelangen kann.

Die Einfuhr von Schießwaffen und dazu gehöriger Munition nach Kaukasien ohne jedesmalige vorherige Genehmigung der lokalbehörde ist durch eine Verordnung des Oberstkommandirenden der dortigen Zivilverwaltung vom Jahre 1884 verboten worden.

Ein kürzlich im Odessaer Amtsblatt veröffentlichtes, von dem Polizeidepartement an den Stadthauptmann von Odessa gerichtetes Zirkular vom 26. Juli d. J. bringt dieses Verbot in Erinnerung und weist, wie im „N.-A." hervorgehoben wird, die Polizeibeamten an, streng darauf zu achten, daß die erwähnten Gegenstände nicht etwa heimlich oder unter falschen Bezeichnungen, z. B. als Eisenwaaren, nach Kaukasien eingeführt werden.

Journal-Revue.

„Bei der Beurtheilung der Militairvorlage", so schreibt die „Nationalliberale Korrespondenz", „wird man gut thun, die Kritik nicht voreilig bloß auf die einzelnen, mehr oder minder zuverlässig bekannt gewordenen Vorschläge zu richten. Verstärkungen und Organisationen aufzubauen, sondern die sachliche „Begründung" abzuwarten. Aus derselben ist noch gar nichts bekannt geworden und wird wohl auch vor der Einbringung in den Reichstag nichts bekannt werden. Es wird uns indessen berichtet, daß dieses Schriftstück von ungewöhnlich überzeugender Wirkung und Beweisführung sei und die Nothwendigkeit einer Verstärkung unserer Streitkräfte gegenüber den gewaltigen uns möglicherweise entgegentretenden Zahlen außerordentlich einleuchtend darlege. Bevor man seine Stellung in einer Frage von so hoher Bedeutung festlegt, kann nur allen Parteien empfohlen werden, das vollständige Material einschließlich der „Begründung" abzuwarten."

Die „Berliner Politischen Nachrichten" schreiben: „Gegen die Einkommensteuervorlage wurde unter anderen Ausstellungen von Herrn Gugen Richter der Einwand erhoben, daß die Reform ohne gleichzeitige Ordnung der Kommunalbesteuerung nicht erfolgen dürfe, obwohl es auf der Hand lag und im Uebrigen von allen unbefangenen Beurtheilern der Vorlage als zweifellos anerkannt wurde, daß durch Neuordnung der Einkommensteuer zunächst eine sichere Grundlage für die weiteren Maßnahmen geschaffen werden müßte. Jetzt, nachdem diese Grundlage gewonnen ist und der Abschluß des ganzen Werkes durch Abrunzung des Gebiets der Staats- und Gemeindebesteuerung und feste Ordnung der letzteren im Werke ist, wird der gleiche, rein negative Standpunkt ihr gegenüber eingenommen. Früher galt der Satz, daß in der Hauptsache das Reich auf die indirekten Steuern, der Staat auf die direkten Personalsteuern, die Gemeinde auf die Ertragsteuern angewiesen sein solle, auch innerhalb der alten Fortschrittspartei, namentlich soweit es die Abrunzung innerhalb der direkten Steuern anlangt, als der für die Ordnung des Steuerwesens anzunehmende leitende Grundsatz. Die in der Ausführung begriffene Verwirklichung des Grundsatzes begegnet aber gerade bei demjenigen Mitgliede der freisinnigen Partei, welches in den Kreisen seiner Parteigenossen als Autorität in Finanz- und Steuerfragen gilt, dem Abgeordneten Richter, dem schärfsten Widerstande. Zugleich wird von derselben Seite, welche seiner Zeit das Reich-Einkommensteuerprojekt vertrat, und von welcher in der Presse an Stelle der Erhöhung der Verbrauchsabgaben die Deckung des Mehrbedarfs für Heereszwecke durch Matrikularumlagen befürwortet wurde, weil alsdann doch die Möglichkeit gegeben sei, die Wohlhabenderen später heranzuziehen, der Vorwurf erhoben, in der neuen Einkommensteuer, welche doch nur für die Wohlhabenden eine Erhöhung, für die kleineren und mittleren Einkommen aber eine Ermäßigung und im Uebrigen nur die wirkliche gleichmäßige Durchführung der gesetzlichen Besteuerung bedeutet, liege eine zu weitgehende Zumuthung an der Einkommensteuer zu Ungunsten der Gemeinden. Weitere Beispiele solchen widerspruchsvollen und nur in der Negation konsequenten Verfahrens ließen sich leicht erbringen; die angeführten werden genügen, um erkennen zu lassen, ob es in der „Freisinnigen Zeitung" gesetzte Kritik der Steuerreform als eine objektive, mit der Gewissen Ernste gegenzu anzusehen und demgemäß zu beachten ist."

Die Reichstagskandidatur des Redakteurs des „Bayerischen Vaterland", Dr. jur. Joh. Sigl, im Wahlkreise Kelheim ist, wie die „Münchener „Allgemeine Zeitung" bemerkt, ein Ereigniß von symptomatischer Bedeutung. „Nicht mit Unrecht erkennt der Kandidat in seiner von einem Wahlkomités von 50 Männern aus der Mitte der Wählerschaft aufgestellten Kandidatur einen Protest gegen die „Zentrumsherrschaft", die die bisher namentlich in Bayern geübt wird, denn daß Dr. Sigl gegen die Parteikeilung seit langen Jahren in offenem und entschiedenem Kampfe liegt, ist wenigstens in den altbayerischen Provinzen allgemein bekannt. Daß der schneidige Publizist seinen Gegnerschaft mit Geist und Witz gegen die Ungeschicktheiten und Beschränktheiten der bayerischen Zentrumsführer der letzten Zeit richtete, hat ihm außerhalb des klerikal-politischen Parteibanns vielseitige Zustimmung eingetragen; indessen ist sein katholisch-kirchlicher, wie sein bayerisch-partikularistischer Standpunkt ein so zweifellosser und unerschütterlicher, daß er weder liberale noch deutsch-nationale Sympathien erwecken kann. Im Gegentheil kann der Haß, mit dem er insbesondere das Preußenthum verfolgt, und die Einseitigkeit, mit der er die Schattenseiten unser militairisch-politischen Entwicklung dem neuen Reiche zur Last legt, die Schätzung seines Nationalwerthes seines Scharfsinn mindestens nicht erhöhen. Wenn gleichwohl der Sigl'schen Kandidatur von mehreren Seiten Erfolg gewünscht wird, so geschieht es zumeist, weil man einem intelligenten und beredten Wortführer im altbayerischen Volke wertvollere, politischer Anschauungen und Bestrebungen auch im Reichstag Ausdruck gönnen will. Vielleicht würde — wenn die Kandidatur zur Wahl führte, was freilich kaum zu erwarten ist — Dr. Sigl in Berlin von seinem Fanatismus gegen die preußische Spitze des Reiches wenigstens einigermaßen zu besserer Einsicht bekehrt werden."

Deutsches Reich.

Hof- und Personal-Nachrichten.

Berlin, 13. Oktober.

* Auf Grund des Artikels 6 der Reichsverfassung ist von Seiner Majestät dem König von Württemberg der Staatsminister der Finanzen Dr. v. Riecke zum Bevollmächtigten zum Bundesrath ernannt worden.

* Der bei dem Ober-Landeskulturgericht in Berlin beschäftigte Regierungsrath Dr. Jesse ist als außerordentlichsmäßiges Mitglied der Generalkommission zu Frankfurt a. O. und der königlichen Spezialkommissar, Regierungsrath Meyer in Sensburg der Generalkommission in Bromberg als außerordentlichsmäßiges Mitglied überwiesen worden.

Reichs- und Staats-Angelegenheiten.

* Amtlicher Nachweisung zufolge hat die Einnahme an Wechselstempelsteuer für das erste Halbjahr des laufenden Etatsjahres 3 901 590,60 ℳ oder 172 569,70 ℳ weniger als in den gleichen Zeitraume des Vorjahres betragen.

Danzig, 11. Oktober. Der deutsche Rhein-Seedampfer „Rhea", welcher hier am 27. August cr. mit diversen Gütern, u. A. Lumpen deutschen Ursprungs, nach Rheinhäfen abging um im Besitze eines Gesundheitspasses war, sowie für die Lumpen ein Ursprungs- und Gesundheitszeugniß mitführte, wurde am 3. September cr. von dem niederländischen Hafenamt in Rotterdam in Quarantaine gelegt und dort von einem anderen Dampfer angeramt und schwer beschädigt. Das Hafenamt verlangte, daß das beschädigte, nicht seetüchtige Schiff den Hafen Rotterdam nach See hin verlasse oder die Umladung der Güter in einem nach See gehenden Dampfer erfolge. Auf die von dem Vorsteheramte der Kaufmannschaft in dieser Angelegenheit gemachte Eingabe ist gestern von dem Herrn Minister der Auswärtigen Angelegenheiten der Bescheid ergangen, daß es der kaiserlichen Gesandtschaft im Haag nach wiederholten Schritten bei der niederländischen Regierung gelungen ist, dem Dampfer „Rhea" die Durchfahrt nach Deutschland und oder ohne Umladung zu ermöglichen. Es ist dabei lediglich die Bedingung gestellt worden, daß die zur Ladung gehörigen Lumpen von der niederländischen Zollverwaltung unter Siegel gelegt werden. — „Wäre es nicht gelungen" — so bemerkt zu der vorstehenden Mittheilung der „Danz. Ztg." — „jene Maßregel abzuwenden, so wären für hiesige Firmen möglicher Weise sehr schwere Verluste entstanden."

Weimar, 11. Oktober. Die „Weim. Ztg." veröffentlicht heute nachstehenden, telegraphisch bereits erwähnten, Dankerlaß Ihrer Königl. Hoheiten des Großherzogs und der Großherzogin:

Schon oftmals hat Unser Haus, bei frohen wie bei ernsten Anlässen, die Treue seines Volkes erproben können, und auch in den letztverflossenen Tagen hat sich diese edle Herzensempfindung wieder in ihrem schönsten Lichte gezeigt. Wie die einzige große Familie hat das ganze Land an der Feier Unseres goldenen Ehejubiläums theilgenommen; von Nah und Fern sind Uns die mannigfaltigsten Beweise rührender Liebe und Anhänglichkeit dargebracht worden. Jemehr sie Uns beglücken, umsomehr drängt es Uns, den tiefgefühlten Dank dafür auch öffentlich auszusprechen und diesen Dank in den weitesten Kreisen zur Kenntniß zu bringen. Erhebend und herzerfreuend, hat die Jubelfeier Unserer Verbindung auch Neue bewiesen, welch' inniges Band Weimars Fürstenhaus mit seinem Lande verbindet. Möchten Beide auch künftig in Freud' und Leid zusammenhalten. Das walte Gott!

Weimar, den 11. Oktober 1892.

Carl Alexander. Sophie."

Koloniales.

* Wie der „Nat.-Ztg." zufolge verlautet, ist gegenwärtig hierselbst eine neue Gesellschaft zum Anbau von Kaffeplantagen in der Bildung begriffen, welche sich als ihr Operationsfeld die Landschaft Ulombara in Deutsch-Ostafrika vorgesetzt hat; 250 000 ℳ sind angeblich als Grundkapital in Aussicht genommen.

Vermischtes.

New-York. (W. T. B.) Durch einen am 11. d. Mts. Abends erfolgten Zusammenstoß zweier Züge auf der New-Yorker Hochbahn, welchen die Maschine mit 3 Personenwagen verwuchtet hatte, wurden 13 Personen schwer und eine größere Anzahl Personen leichter verwundet.

Gerichtshalle.

th. Eine Geschäftsanzeige, die der Weinhändler Oswald Nier im März d. J. in der „Berliner Morgen-Zeitung" veröffentlichen ließ, hat ihm eine Anklage wegen Medizinalpolizei-Uebertretung zugezogen. Die betreffende Anzeige enthielt zunächst die Mittheilung, daß der Nier'sche Wein zur Herstellung eines berühmten Mittels gegen die Gicht, worüber Broschüren gratis und franko von den Nier'schen Niederlagen zu beziehen seien, Verwendung finde, und hieran knüpfte sich eine die Empfehlung der angepaßten Nier'schen Naturweine. Das Schöffengericht hatte hierin das Anpreisen eines Geheimmittels erblickt und den Angeklagten zu 30 ℳ Geldstrafe verurtheilt. Gegen diese Auffassung des Schöffengerichts nahm gestern der Vertheidiger des Angeklagten, R.-A. Hugo Sachs, vor der Berufungsinstanz Stellung. Derselbe führte an, daß die Anzeige lediglich als Reklame für den Nier'schen Wein dienen solle, die Mittheilung, daß der Wein zur Herstellung eines berühmten Medikaments gebraucht werde, könne doch nicht als ein Anpreisen des letzteren angesehen werden. Der Zweck der Anzeige solle eben eine Empfehlung der Nier'schen Weine sein, nicht des neuerdings erwähnten Geheimmittels sein. Der Gerichtshof trat diesen Ausführungen bei und erkannte unter Aufhebung des ersten Urtheils auf Freisprechung.

th. Das Schwurgericht des Landgerichts I verhandelte am Dienstag unter Ausschluß der Oeffentlichkeit gegen den Ziseleur Gustav Werle und die Schuhmachers-Ehefrau Hermine Gutgeld. Der Erstere war beschuldigt, falsche Edelsteine angefertigt, die Zweite, dieselben in Verkehr gesetzt zu haben. Die Verhandlung endete mit der Verurtheilung des Werle zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und der Gutgeld zu sechs Monaten Gefängniß.

th. Eine empfindliche Freiheitsstrafe für ein verhältnißmäßig geringes Objekt verhängte gestern die 124. Abtheilung des hiesigen Schöffengerichts über den wegen Betruges angeklagten Chemiker Gottfried Grossmann. Derselbe betrieb hierselbst ein kleines Fabrikgeschäft, dem offenbar die Mittel fehlten und nur nicht im Stande, der armen Waschfrau, welche ihm die Wäsche lieferte, ihr Arbeitslohn zu bezahlen. Die Wäscherin drängte, der Angeklagte aber drohte ihr, sie die Treppe hinabzuwerfen, und als sich die Wäscherin nicht mehr gedulden wollte, überreichte er ihr einen mit 5 Mark belasteten Pfandschein über ein goldenes Armband, dessen Werth er auf etwa 40 ℳ angab. Die Wäscherin löste das Armband ein, ein Sachverständiger belehrte sie aber bald, daß das Armband einen Werth von nur 3 bis 4 ℳ habe. Grünwald, der früher schon einmal eine Vorstrafe wegen Betruges in Höhe von einem Jahre Gefängniß erlitten hat, wurde deshalb wegen Betruges angeklagt. Der Gerichtshof glaubte aus dem ganzen Auftreten des Angeklagten entnehmen zu sollen, daß derselbe zu denjenigen Leuten gehört, welche arme und unerfahrene Menschen prellen, und erkannte auf eine Gefängnißstrafe von vier Monaten.

th. Wegen eines vollendeten und zweier versuchten Betrugsfälle stand gestern der Arbeiter Gottfried Grossmann vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I. Es war ein alter Schwindler, den der Angeklagte in Sache gesetzt hat. Wie er angiebt, ist er zufällig in den Besitz einer Visitenkarte des Grafen Marschall gelangt. Er begab sich zu einem Vermietherinnen in der feinsten Stadtgegend, legitimirte sich durch Vorzeigen der Karte als Diener des Grafen Marschall und miethete für denselben eine Anzahl Räume. Dabei ließ er durchblicken,

---

Aus Berlin.

* Dr. Julius Hirschberg, Professor der Augenheilkunde an der hiesigen Universität, ist durch eine längere Reise veranlaßt, für das künftige Winterhalbjahr seine Lehrthätigkeit auszusetzen.

6. In die philosophische Fakultät hiesiger Universität tritt heute Dr. Karl Futterer als Privatdozent ein; seine öffentliche Vorlesung behandelt die Entstehung des Adriatischen Meeres.

* Die anläßlich der Choleragefahr aufgehobenen beiden Schnellzüge der Strecke Berlin-Breslau, die sogen. Orientzüge, werden bereits von heute ab wieder verkehren.

th. In der kürzlich stattgehabten Monatsversammlung der Berliner Schächterinnung wurde u. A. der Antrag gestellt, dahin zu wirken, daß in Betreff des so häufig zu beobachtenden Betastens des Fleisches ein gleiches Verbot erlassen werde, wie bezüglich der Backwaare. Der Vorstand versprach, die Sache in Erwägung zu ziehen.

* Der zweite diesjährige Volksunterhaltungsabend findet am Dienstag, den 18. d., Abends 8 Uhr, in der Tonhalle statt. Der Abend wird durch die Aufführung der „Karlschüler" von Heinrich Laube ausgefüllt. Billete à 40 und 30 ₰ in den bekannten Verkaufsstellen.

* In der Schnitzerschule für Frauen, Kochstr. 65 (Leiterin Amalie Reich), deren Arbeiten augenblicklich im Ausstellungspalast ausgestellt sind, beginnen die Kurse für Damen aufs Neue, und zwar nicht nur in Kerbschnitt und Blumenschnitzerei, sondern hauptsächlich in Ausgrundirung altdeutscher, arabischer, indischer und altnordischer Ornamente. Da diese leichte und dankbare Technik zur Ausschmückung des Zimmers noch wenig bekannt ist, werden täglich zwischen 10 und 6 Uhr unentgeltliche Probestunden ertheilt, welche nicht binden. Dieselben finden jedoch nur in der Filiale der Anstalt, Leipzigerstr. 51a, Dönhofsplatz (Frau Käthe Reich), statt. Anmeldungen zu den Kursen werden ebenfalls nur in der Filiale zu den genannten Stunden entgegengenommen.

rg. Der der Beraubung von Dirnen verdächtige Böttcher Bruno Schulz ist gestern Nachmittag um 5½ Uhr von Charlottenburg durch zwei Begleiter dem Untersuchungsgefängniß in Moabit zugeführt worden. Er saß ungefesselt in einer Droschke, zeigte äußerlich nicht das geringste Zeichen von Aufregung, und gab auch in dem Bureau über seine persönlichen Verhältnisse ruhig und deutlich Auskunft.

rg. Einen empfindlichen Verlust hat der Jerusalemerstraße 26 wohnhafte Polywaarenhändler Herbe erlitten, als er vor einigen Tagen seinen Laufburschen mit einem Handwagen nach Charlottenburg schickte. Während der Junge das Haus Kurfürstenstraße 102 betreten hatte, waren Diebe mit dem Wagen und den darauf befindlichen Polywaaren im Werthe von 1373 ℳ verschwunden. Die Nachforschungen sind bislang ergebnißlos verlaufen.

* Eine Dame von außerhalb hatte bei einem hiesigen Bankinstitut einen Check von 4000 ℳ einkassiren. Die Hundert-Markscheinen ausgezahlt wurden. Nachdem die Dame das Bankhaus verlassen, eilte ihr ein junger Mann ohne Kopfbedeckung, mit Federhalter hinterm Ohr nach, stellte sich ihr als Bankbeamter vor und erklärte sie, sofort nach der Bank zurückzukehren, da beim Auszahlen des Geldes ein Irrthum vorgekommen sei. Er bat die Dame, ihm die Hundert-Markscheine auszuhändigen, um sie vor den Augen derselben nochmals nachzuzählen. Die Letztere that dies. Der junge Mann stieß sie in das Hausthor eintreten, er selbst war aber mit dem Gelde verschwunden. Als die Dame längere Zeit wartete und sich beim Kassirer wieder meldete, wurde man sofort, daß sie das Opfer eines Betruges geworden sei, welcher von einem raffinirten Verbrecher ausgeführt sein mußte, der zufällig in der Nähe des Bureaus gestanden haben muß, denn er hat auch den Federhalter entwendet, welcher dort zur Benutzung des Publikums liegt. Die Dame ist, wie der „Confectionair" meldet, in der glücklichen Lage, den Verlust leicht verschmerzen zu können.

* (Polizeibericht.) Am 11. d. M. Morgens wurde im Spandauer Schiffahrtskanal, an Grundstück Nord-Ufer 3, die Leiche eines unbekannten, etwa 40jährigen Mannes angeschwemmt. — An der Ecke der Metzer- und Weißenburgerstraße wurde Abends eine etwa 60 Jahre alte, taubstumme Frau durch eine Droschke überfahren und innerlich schwer verletzt. — In der Nacht zum 12. wurde ein Arbeiter in seiner Wohnung, in der Andreasstraße, todt aufgefunden. Er hat sich anscheinend vergiftet. — Vor dem Hause Belleallianceстr. 1 entstand zwischen einem Arbeiter und Kaufmann eine Schlägerei, wobei Letzterer eine bedeutende Verletzung am Fußgelenk erlitt. — Am 11. fanden acht Brände statt.

Personalien. * Prof. Curtius hat sich dieser Tage in der Schweigger'schen Privat-Augenklinik einer Nachstaar-Operation unterzogen, die vollen Erfolg gehabt hat. Der trotz seiner 78 Jahre noch immer rastlos thätige Gelehrte hat, wie das „Wolff" mittheilt, auch in der Klinik seine Arbeiten nicht unterbrochen, sondern erhält dort täglich den Besuch seines Famulus, der ihm die wegen seines Leidens zur Zeit nöthige Assistenz leistet.

Theater und Kunst.

(Theater-Repertoire vom heutigen Tage.) Opernhaus: Djamileh. Cavalleria rusticana (Bauernehre). Slavische Brautwerbung. Schauspielhaus: Faust. Friedrich-Wilhelm-Städt. Die Jüdin. Residenz: Im Pavillon. Nach zwei Jahren. Wallner-Theater: Der Mann im Monde. Deutsches: Der Mißanthrop. In Zivil. Lessing: Die Orientreise. Berliner: Das Kätchen von Heilbronn. Kroll: Der Trompeter von Säkkingen. Alliance (Neues deutsche Oper): Pandora, oder: Götterfunken. Die Tochter berger Puppe. Thomas: Onkel Bräsig. Adolph Ernst: Die wilde Madonna. Alexander-Platz: Die Liebe vor Gericht. Tannhäuser. Theater Unter den Linden: Die Welt in Bild und Tanz. Ein Drachenfest. Daphne.

* In der von Kapellmeister Dr. Muck geleiteten morgigen Vorstellung „Tristan und Isolde" im Königlichen Opernhause sind die Damen Sucher und Götze, die Herren Gudehus, Mödlinger und Schmidt beschäftigt. Am Sonnabend geht „Die Puppenfee" in Szene. Darauf folgt „Cavalleria rusticana" mit den Damen Pierson, Dietrich und Lammert, den Herren Kalisch, Mödlinger und Fränkel. Den Beschluß bildet das Tanzbild „Slavische Brautwerbung". Am Sonntag findet die 300. Vorstellung des „Lohengrin" mit den Damen Sucher und Dieler, den Herren Gudehus, Stammer, Buß und Fränkel statt.

R. F. Kroll's Oper gab am Dienstag C. M. v. Weber's „Euryanthe". Einen großen Kreis von Verehrern hat das Bühnenwerk, so edel es auch in der Empfindung, so kunstreich und anmuthig es auch in der musikalischen Ausgestaltung ist, die gehabt. Die Bezeichnung, welche ihm die „Berliner gleich nach der ersten Aufführung gaben, war nicht unredlich: Die Langweiligkeit der Handlung, durch Unklarheit gefördert, lastet schwer auf der „Euryanthe". Von den Darstellern waren die Vertreter des Guten die weniger guten, die beiden Bösewichter übertrafen sie. Fräulein Gadsky ist eine reizliche, unschuldsvolle Euryanthe; sie singt auch hübsch und geschmackvoll, nur wir wollen durchaus nicht Ungünstiges über die fleißige und sympathische Sängerin sagen, doch hatte ihr für solche Duftgestalten noch zu viel Materielles an. Die vortreffliche Helling-Anna war immerhin eine erkenntnißvolle Eurydike. Herr Meyer ist für den Adolar noch nicht ausreichend. Der Stimme fehlt der Kern und der Klangreiz. Doch soll ihm das Lob eines zuweilen das Rechte treffenden Bemühens nicht vorenthalten sein. Sein Widerpart in der Oper, der grimme Lysiart, wurde von Herrn Bertram einen Vertreter, der sehr Erfreuliches leistet und noch Bedeutendes erreichen kann. Zu den meisten seiner Kunstgenossen darf er sagen: „Was ihr euch durch saures Studium erworben, das hab' ich von meiner Frau Mutter ererbt." Seine Mutter Natur gab ihm einen quellenden, leicht anfprechenden Ton, der schon jetzt Klang- und Machtfülle besitzt. Auch als Darsteller hat Herr Bertram sehr wertvolle Requisiten. Frau Moran-Olden ist als Eglantine augenblicklich die bedeutendste Sängerin auf der Bühne. Marianne Brandt vertiefte die Rolle allerdings noch mehr, sie hat aber nie die gewaltige, blühende, metallische Stimme, vielleicht auch nicht die bedeutende Beschigkeit im Laufwerke gehabt, durch welche Frau Moran-Olden die Hörer überraschte. Wenn sie nach ihrer großen Szene „Er konnte mich um sie verschmähn" dreimal bei offener Szene hervorgerufen wurde, so war das zwar eine Unterbrechung der Oper, aber eine solche, die bei der losen Handlung nicht störte, vielmehr bei weitem nicht so, als wenn die Dame hier Schumann's „Ich grolle nicht" eingelegt hätte. — Herr Lurgenstein sang seinen König mit Würde. Chor und Orchester thaten voll ihre Schuldigkeit. Und Frau Heinerdinger, die neue Balletmeisterin, trat für uns unserer Freude ebenfalls, denn das Ballet, so weit wir es sahen, blieb ganz im Charakter des Stückes, brachte keine Maskenballfestüme auf die Szene und hielt sich im Rahmen der Oper, indem es sich nicht vordrängte. — Die Gesammtaufführung machte einen durchweg künstlerischen Eindruck.

* Das Wallner-Theater brachte am Dienstag als Neuheit das vieraktige Lustspiel: „Schwiegerpapa" von William Schumann. Der Schwiegerpapa ist ein alter, von seinen Geldern lebender Herr mit unerfüllbarer Lebenslust, der seine Tochter und deren Gatten dadurch zur Verzweiflung bringt, daß er unaufhörlich in ihrem Hause Feste veranstaltet, so daß häufige Rufe ihnen nur vom Hörensagen bekannt ist. Der Schwiegersohn empfört sich gegen solche Tyrannei, und das liefert eine Reihe von komischen Szenen. Daneben figurirt ein, natürlich pflichtbewußter Oberlehrer mit einer, natürlich emanzipationsfüchtigen Frau. — Den Stücke selbst zum Lustspiele das Beste, nämlich Witz. Abgesehen von einigen durch die Situation hervorgerufenen komischen Szenen kann man das Sachen in demselben hören. Gespielt aber wurde mit ungeverkennender Frische. Herr Guthery als Schwiegerpapa bot eine sehr bemerkenswerthe Leistung. Herr Meißner war als Oberlehrer recht komisch, doch auch die Uebrigen ließen es nicht an sich fehlen. Die Inszenirung war lobenswerth, es ist ziemlich jährlich erschienene Publikum kam den Darstellern im ersten Akte mit dem größten Wohlwollen und mit rührigen Händen entgegen, erlag aber end